

Herzschlag: Eure Zeitung

Wir sind Kolleg*innen aus Krankenhäusern in Bremen, Berlin, Dresden, Hamburg und meinen, dass unsere Bewegung für mehr Personal viel stärker werden muss. Dafür brauchen wir einen besseren Austausch untereinander, um uns zu koordinieren und zu vernetzen. Dazu wollen wir mit der Zeitung einen Beitrag leisten. Wir hoffen, dass noch viele andere Kolleg*innen mitmachen. Wir setzen nicht auf Lobbyarbeit und wir haben auch keine Illusionen in die leeren Versprechen von Ministern der jetzigen Regierung. Nur Druck von unten kann etwas verändern – hin zu einer bedarfsgerechten Personalausstattung und einem Gesundheitswesen im Interesse der Bevölkerung und nicht der Konzerne.

Schreibt uns!

Ariane Müller, Krankenschwester, Betriebsratsmitglied, ver.di Betriebsgruppe Klinikum Bremen Mitte *

Dorit Hollasky, Sozialarbeiterin, Sprecherin ver.di Betriebsgruppe Städt. Klinikum Dresden*

Silvia Habekost, Krankenschwester, ver.di Betriebsgruppe Vivantes Berlin*

*Funktionsangaben nur zur Kenntlichmachung der Person

Impressum:

Herzschlag, Zeitung von und für Kolleg*innen in Krankenhäusern

Redaktion:

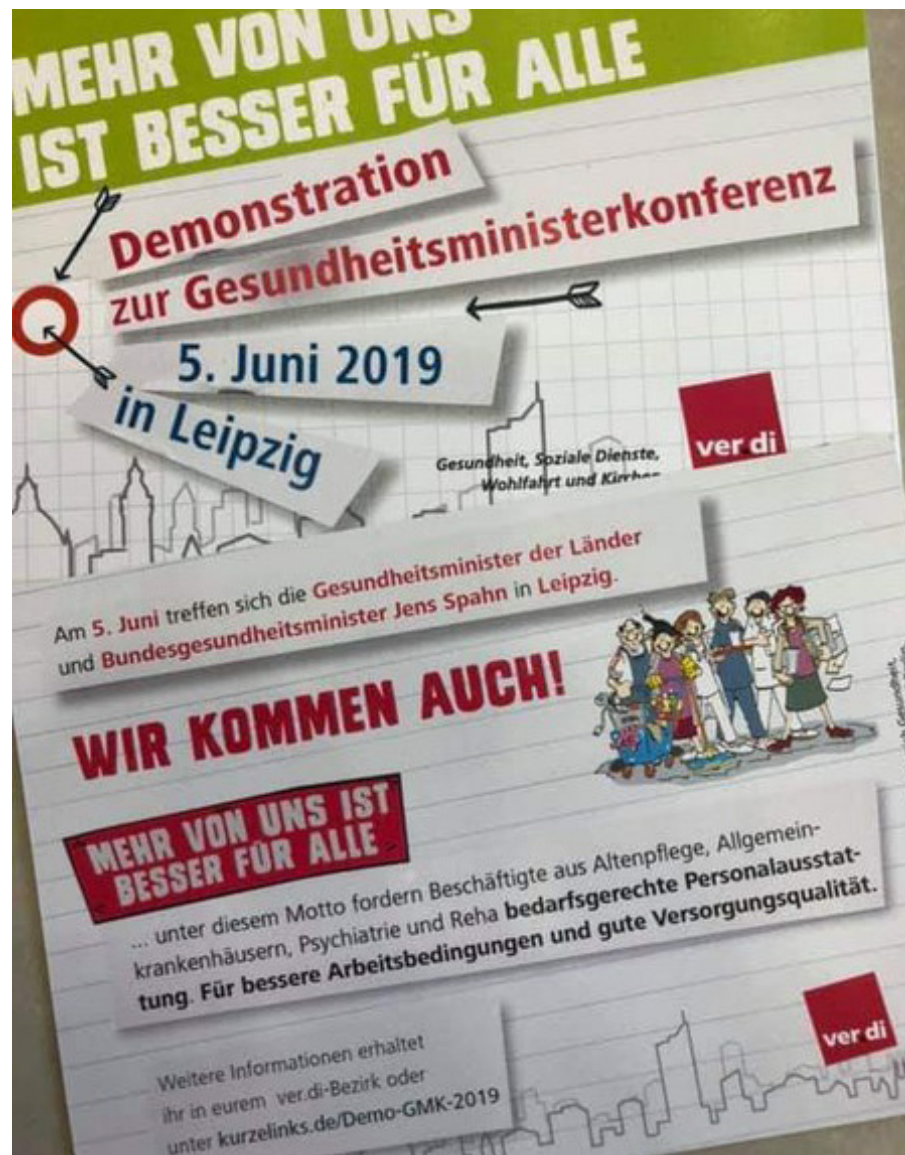
Ariane Müller, Dorit Hollasky, Silvia Habekost, Stephan Gummert

V.i.s.d.P.:

A. Teweleit, c/o Littenstr. 106/107, 10179 Berlin

Kontakt:

herzschlagkrankenhaus@gmail.com



Text und Bild: ver.di

Bei der Gesundheitsministerkonferenz im letzten Jahr haben die Gesundheitsminister*innen den demonstrierenden Beschäftigten erklärt: »Wir haben verstanden.« Endlich sollte die dramatische Personalnot in Kliniken und Pflegeeinrichtungen angegangen werden. Gut so! Die vielen Aktionen und Proteste der Beschäftigten mit ihrer Gewerkschaft ver.di haben Wirkung gezeigt. Die Verantwortlichen können die Probleme nicht länger ignorieren. Seither ist einiges in Bewegung gekommen. Doch wir sind noch nicht am Ziel. Deshalb machen wir weiter Druck.

Die Bundesregierung hat etliche Gesetze und Verordnungen auf den Weg gebracht. Doch nicht alle gehen in die richtige Richtung. Die sogenannten Pflegepersonaluntergrenzen

legitimieren den Pflegenotstand, statt für eine gute Pflege zu sorgen. Die Refinanzierung zusätzlicher Pflegestellen und Tariferhöhungen im Krankenhaus sind hingegen wichtige Erfolge. Damit die Entlastung endlich bei den Beschäftigten ankommt, bleiben wir dran: Bedarfsgerechte und bundesweit verbindliche Personalvorgaben sind für die Altenpflege und die Krankenhäuser notwendig. Auch um die Reha muss sich die Politik endlich kümmern. Und was im Gemeinsamen Bundesausschuss zu neuen Personalstandards für die Psychiatrie herauskommt, steht in den Sternen. ver.di fordert eine Psych-PV plus.

Für eine gute Versorgung braucht es genug Personal, gute Arbeitsbedingungen und gute Löhne. Dafür stehen wir ein. +



Olympischer Brief an Spahn: Handeln Sie. Jetzt!

Von Dorit Hollasky

Die Idee zum Olympischen Brief an Spahn entstand auf einem bundesweiten Treffen der Bündnisse für mehr Personal in den Krankenhäusern im November 2018 in Hamburg. Vorbild war eine ähnliche Aktion der kämpferischen Betriebsgruppe des Städtischen Klinikums in Kiel, wir weiteten die Idee auf eine bundesweite Aktion aus. Und sie war bisher ein voller Erfolg!

Seit Januar reist der Brief durch die Städte, gebracht und geholt durch engagierte Beschäftigte, oft unterstützt von ver.di. Nach zweieinhalb Monaten waren schon 6 Stück der 40m-Papierrollen voll mit Unterschriften. Voraussichtlich werden wir also im Juni zur Bundesgesundheitsministerkonferenz in Leipzig einen halben Kilometer Unterschriften an Herrn Spahn überreichen können.

Was sind unsere Forderungen?

Wir fordern die Abschaffung der Fallpauschalen. Es soll eine bedarfsgerechten Personalbemessung für alle Berufsgruppen eingeführt werden, keine Pflege an der Untergrenze. Die Finanzierung aller Personalkosten nach krankenhausesindividuellem Bedarf soll sichergestellt werden und die Länderinvestitionen sollen garan-

tiert werden. Teilzeitkräfte werden erst dann wieder aufstocken und Berufsaussteiger*innen wieder zurückkehren, wenn sich die Arbeitsbedingungen und die bedarfsgerechte Versorgung wirklich spürbar gebessert haben. Die bisherigen Maßnahmen der Regierung reichen dazu nicht ansatzweise aus.

Der Erfolg der Briefaktion besteht nicht nur in den tausenden Unterschriften, sondern auch in der Vernetzung der Beschäftigten untereinander und in der Wirkung in der Öffentlichkeit. Viele aktive Beschäftigte trafen das erste Mal ihre Kolleg*innen aus benachbarten Krankenhäusern. In fast jeder Stadt wurde in den Medien darüber berichtet, wurden Pflegekräfte interviewt und gab es große Unterstützung aus der Bevölkerung. Die Facebookseite des Briefes hat inzwischen (Stand

März 2019) 1600 Abonnenten und eine Reichweite von z.T. 60.000 Personen.

Seit März 2019 gibt es parallel den Olympischen Brief als Onlinepetition <https://weact.campact.de/petitions/olympischer-brief-gegen-den-pflegenotstand>. Hier können alle unterschreiben, die den Brief in ihrer Stadt verpasst haben.

Am 3./4./5.5. wird es ein weiteres bundesweites Treffen der Bündnisse in Düsseldorf geben. In vielen Städten gibt es bereits Aufrufe zur Teilnahme an der Bundesgesundheitsministerkonferenz am 5. Juni in Leipzig. Die Beschäftigten der Psychiatrien werden auch nach Leipzig kommen und Minister Spahn deutlich machen, dass nur eine Psych PV +++ eine gute Versorgung gewährleisten wird. Denn auch dort soll bis Ende des Jahres eine Personalbemessung eingeführt werden – und die soll von Anfang an orientiert sein an den Bedürfnissen von Patient*innen und Personal! Mehr von uns ist besser für alle! +



Der Marktgerechte Patient

Von Silvia Habekost

In den deutschen Krankenhäusern stehe nicht mehr der Patient, sondern das Geld im Mittelpunkt aller Gedanken, sagt der Oberarzt für Anästhesie Peter Hoffmann im Film. „Das Geld ist immer im Hintergrund aller Entscheidungen. Man tut etwas, um die Kosten zu reduzieren oder man tut etwas, um mehr Erlöse, mehr Einnahmen für das Krankenhaus zu generieren. Das Krankenhaus wird geführt wie eine Fabrik. Maximaler Output, minimaler Aufwand, und der Patient wird zum Werkstück, die Abläufe werden industriell strukturiert, der Patient wird vorne eingefüllt und kommt hinten raus, und zwar bitte ein bisschen schneller. Geht das nicht einen Tag schneller?“

Als Film von unten wurde er nur durch Spenden gefördert und mittlerweile schon hunderte Male aufgeführt. Beschäftigte aus Krankenhäusern, auch Ärzt*innen, Patient*innen und Angehörige bestätigen seine Aktualität. Eine Besucherin äußerte: „Genauso ist es im Alltag im Krankenhaus. Den Film müsste man als Dauerschleife im Bundestag laufen lassen!“ Der Film ist ein super Mittel, um die Zusammenhänge zu verstehen: wie die Finanzierung durch Fallpauschalen in den Krankenhäusern funktioniert, wie unmenschlich und gefährlich das System ist und dass wir alle aktiv werden müssen, damit sich das ändert.

Der Film kann gut genutzt werden, um z.B. Bündnisse vor Ort zu grün-

den oder neue Aktive zu finden.

Vielen Dank an Leslie Franke und Herdolor Lorenz von Kernfilm, dass sie diesen Film gemacht haben!

Organisiert weiter Filmveranstaltungen, der Film hat (leider) seine Aktualität nicht verloren.

Als Begleitmaterial eignet sich sehr gut die Broschüre von Krankenhaus statt Fabrik.

www.der-marktgerechte-patient.org
www.krankenhaus-statt-fabrik.de



„Wir lassen uns nicht länger ausbeuten! Wir streiken!“

Von Nora Mainke

Dieser Ruf schallte am 7. März über die Straßen vor dem Bundesgesundheitsministerium in Berlin. Grund war eine gut besuchte Kundgebung, die die nur schwer ertragbare Situation in der unbezahlten oder gering bezahlten Sorge- und Hausarbeit thematisierte. Sie fand, einen Tag vor dem Frauenkampftag, im Rahmen des diesjährigen Frauenstreiks statt. Denn auch heute noch sind es überwiegend Frauen, die sich privat um ihre Angehörigen kümmern oder als Pflegekräfte arbeiten.

Die Forderungen waren so wichtig wie altbekannt: Erstens mehr gesellschaftliche Anerkennung, zweitens eine bessere Entlohnung und drittens mehr Raum für eine gute Pflege ohne die jetzige Massenabfertigung, sondern orientiert an individuellen Bedürfnissen und gegenseitiger Wertschätzung. Neu war vor allem die Form des Protestes: Auf einem Chic-Care-Catwalk traten Menschen aus verschiedenen Pflegebereichen auf und schilderten auf kreative Weise ihre problematische Lage. Dabei kam auch eine Delegation der ausgegliederten TherapeutInnen der Charité zu Wort, die sich bereits seit mehreren Wochen im Streik befinden.

Am Ende der Kundgebung folgte das nächste Highlight. Im Vorfeld hatten pflegende Angehörige die Möglichkeit, symbolische Überlastungsanzeigen und Lohnzettel auszufüllen, um auch ihre schwierige Situation schildern zu können – schließlich können sie nicht so einfach streiken. Nun wurden sie Jens Spahn übergeben, wobei sich eine lange Schlange vor dem Gesundheitsministerium bildete.

In Zukunft wird in den Kämpfen gegen Gesundheit als Ware und für selbstbestimmte Pflege die Situation pflegender Angehöriger sicher stärker thematisiert werden. Die nächste Gelegenheit dafür wird der 12. Mai sein, wenn wir am Tag der Pflegenden wieder bundesweit auf die Straße gehen! +



Neuer Minister – alte Situation

Von Steve Kühne

Länger als ein Jahr ist Jens Spahn (CDU) Bundesminister für Gesundheit. Geändert hat sich nicht viel

Das „Ärztblatt“ bescheinigte ihm, er würde „ungeahnten Schwung in die Regierungspolitik“ bringen und die „Ärztezeitung“ lobte ihn als „rastlosen Minister“.

Die Beschäftigten sehen Spahn hingegen oft anders: Als der Minister am 6. März durch Ostsachsen tourte, empfingen ihn Pfleger und Schwestern in Dresden und Bautzen mit Protesten.

Kein Wunder: Seine vollmundigen Reformversprechen kommen auf den Stationen im Krankenhaus und in (Alten-)Pflegeeinrichtungen als „homöopathische Dosen“ an, wie sich ein Dresdner Gewerkschaftssekretär am 6. März gegenüber einer Zeitung ausdrückte.

Die von Spahn versprochene Schaffung von 13.000 Stellen in der Altenpflege, ist eine solche Dosis. Bedenkt man, dass seit Einführung der sogenannten Fallpauschalen bundesweit 65.000 Stellen allein in den Krankenhäusern vernichtet

wurden, ist Spahns Vorschlag der sprichwörtliche Tropfen auf den heißen Stein.

Spahn will die DRGs, die Fallpauschalen, nicht abschaffen. Auch weiterhin sollen Kliniken feste Geldbeträge je nach Diagnose erhalten. So drohen kommunalen Häusern auch in Zukunft Unterfinanzierung und Privatisierung, was eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bedeuten würde. Private Kliniken nutzen die Fallpauschalen hingegen, um sich auf gewinnbringende Bereiche zu konzentrieren und Profite zu machen.

Spahns Idee, die Personalkosten aus den Fallpauschalen, den DRG's, herauszurechnen, bleibt Kosmetik, auch deshalb, weil diese Maßnahme nicht auf alle Berufsgruppen ausgeweitet wird.

Die Personaluntergrenzen werden die Überlastungssituation nicht beseitigen. Es droht sogar, dass

Klinikbetreiber, die oberhalb dieser Untergrenzen liegen, das Personal bis zu diesen verringern.

Selbst diese Reförmchen hätte es ohne den Kampf der Beschäftigten nicht gegeben.

Sie verlangen die Pflege orientiert am Bedarf, Spahns Politik orientiert sich an Effizienz und Profit. Doch das hat im Gesundheitswesen nichts zu suchen. Stattdessen gilt es, Privatisierungen rückgängig zu machen und Pharma- und Krankenhauskonzerne, demokratisch kontrolliert, in Gemeineigentum zu überführen, ähnlich wie es Initiativen von Mieter*innen bezüglich Großvermietern fordern.

Die Einführung einer gesetzlichen Personalbemessung ist unverzichtbar. Im viertreichsten Land der Erde wäre genug Geld da, um Krankenhäuser so zu gestalten, dass Patient*innen dort gesund werden und das Personal nicht krank. Will man das erreichen, muss man die ungleiche Reichungsverteilung in Deutschland infrage stellen.

